

Internationale Rüstungs- und Atomindustrie: Verbündete des Schah

von M. Massarrat

Das Ausmaß des Rüstungsgeschäfts

Der Schah, die Militärs und die internationalen Rüstungskonzerne der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik rüsteten mit Billigung der Regierungen dieser Länder Iran seit Beginn der siebziger Jahre massiv auf. Die persische Armee verfügt über Waffensysteme, auf die die US-Streitkräfte noch warten.

Die 520 modernsten Kampfbomber vom Typ Phantom, die die iranische Luftwaffe bereits 1975 besaß, waren offensichtlich nicht genug. Sie sollte noch vor der US-Luftwaffe mit einer großen Anzahl von Kampfflugzeugen vom Typ F-14 und mit 160 Stück vom Typ F-16 ausgerüstet werden. Zu diesem Arsenal der modernsten aller Waffen gehören auch das Frühwarnsystem AWACS (sieben Stück) und ca. 500 neueste Hubschrauber, darunter vollautomatisch fliegende Kampfmaschinen AH-1J. Die Marine Irans erfreut sich mit 50 Luftkissenbooten der größten Hovercraft-Flottille der Welt. Im Persischen Golf patrouillierten bereits 1975 mindestens 40 Kriegsschiffe modernster Bauart, mit allen elektronischen Abwehr-Systemen, darunter Zerstörer. In der Liste der in den USA gekauften bzw. bestellten Waffen finden sich auch 1000 Condor-Raketen, Luft-Boden-Lenk Waffen, die der US-Armee selbst zu teuer waren (Kosten pro Schuß ca. eine Viertelmillion Dollar).

In dem Rüstungsgeschäft mit Iran etablierte sich den Hauptlieferanten eine gewisse Arbeitsteilung. Während die Ausrüstung der Luftwaffe der US-Rüstungsindustrie vorbehalten blieb, spezialisierte sich die englische Rüstungsindustrie auf die Ausstattung des iranischen Heeres mit Panzern. Sie lieferte bisher 760 neueste Chieftain- und 250 andere Panzer. 1300 weitere Panzer sind in England bestellt. Die Liste der in England bestellten Waffen schließt auch Raketen, gepanzerte Fahrzeuge, U-Boote und vor allem eine ganze Waffenfabrik ein.

Schließlich vergaßen der Schah und die Militärs keineswegs, die deutsche Rüstungsindustrie zu berücksichtigen. Den Löwenanteil bekam die von der Krise besonders betroffene deutsche Werftindustrie. Sie sollte sechs U-Boote, zwölf Fregatten und zahlreiche Minensuchboote liefern.

Seit 1971 bis einschließlich 1977 lieferte allein die amerikanische Rüstungsindustrie Waffen im Werte von 13,7 Milliarden Dollar. Dieser Betrag macht beinahe ein Viertel der amerikanischen Waffenverkäufe an 83 Länder der Welt aus, die im selben Zeitraum ca. 53,7 Milliarden Dollar betrug. Die gesamte Verkaufssumme der Waffen einschließlich laufender Bestellungen wird auf 20 Milliarden Dollar geschätzt, davon allein elf Milliarden Dollar für Flugzeuge. Rechnet man die Waffenkäufe in England im Werte von mindestens drei Milliarden Dollar und in der Bundesrepublik von mindestens einer halben Milliarde Dollar, so klettert sie auf die Summe von 23,5 Milliarden Dollar.

Dieses unglaubliche Waffenarsenal verursacht weitere Kosten, die den Staatshaushalt Irans für die notwendige Infrastruktur, Reparaturen, Ersatzteile, insbesondere aber für die

Personalkosten der 62 000 amerikanischen „Militär- und Zivilberater“, stark belasten. Sie betragen allein für die Jahre 1974–77 ca. neun Milliarden Dollar.

Die Rüstungsimporte lassen sich nicht allein militärpolitisch erklären

Diese immensen Massen von allerlei Waffen und Waffensystemen, die das Schah-Regime gekauft hat, lassen sich schwerlich einzig mit militärpolitischen „Bedürfnissen“ erklären. Weder die Rolle des Schah-Regimes als Gendarm der Region noch die lange gemeinsame iranisch-sowjetische Grenze rechtfertigen dieses Waffenarsenal.

Das Interesse der USA an einer militärischen Schutzmacht im Persischen Golf ist erklärbar. Es mag auch sein, daß die Ölfelder des Nahen Ostens für die USA und andere imperialistische Staaten wichtiger geworden sind als die NATO, wie der US-Energieminister Schlesinger im Oktober 1978 unterstrich. Dieses Interesse des Westens erklärt aber nicht, weshalb das Schah-Regime freiwillig die gesamten Kosten (natürlich zu Lasten des Volkes) tragen und darüber hinaus die US-Regierung auf die Zustimmung der Waffenlieferungen sogar drängen sollte.

Auch das gute und auf „festen Fundamenten“ aufgebaute Verhältnis des Schah-Regimes zur Sowjetunion läßt die massive Aufrüstung wegen der „gemeinsamen Grenze“ als überflüssig erscheinen. Dieses feste Fundament besteht in einem für beide Seiten – Sowjetunion und Schah-Regime – besonders lohnenden Geschäft. Das Schah-Regime liefert der Sowjetunion Erdgas in einem Umfang von gegenwärtig zehn Milliarden Kubikmeter im Jahr, der bis 1985 auf das Dreifache erhöht werden soll.

Die Sowjetunion profitiert hier dadurch, daß sie das iranische Erdgas zu einem vertraglich vereinbarten Preis erhält, der weiter unter dem Erdgas-Weltmarktpreis liegt, dieses oder gleichwertiges Erdgas aus eigenen Quellen zu Weltmarktpreisen an westeuropäische Staaten liefert. Durch ihre Verpflichtungen gegenüber diesen Staaten ist die Sowjetunion gewissermaßen von der weiteren Erdgaslieferung des Schah-Regimes abhängig, dieses Regime ist somit zu einem außenwirtschaftlichen Sicherheitsfaktor zur Erfüllung ihrer Wirtschaftspläne geworden.

Für die Erdgaslieferung erhielt das Schah-Regime bisher unter anderem ein Stahlwerk und militärische Ausrüstung. Jene Lastwagen, die die Soldaten tagtäglich in die Stadtteile transportierten, um sie auf die Menschen loszulassen, sind sowjetischer Bauart.

Für das Schah-Regime kann also kein begründeter militärpolitischer Grund ausschlaggebend gewesen sein, zum Beispiel sieben AWACS – das modernste und teuerste Frühwarnsystem – im Wert von insgesamt drei Milliarden Dollar zu bestellen, um sie an der sowjetischen Grenze zu stationieren. Gegen die Annahme, daß dies ein Bestandteil der militärischen Strategie der NATO ist, spricht die Tatsache, daß die NATO sich überhaupt erst vor einem Monat für den Kauf von AWACS entschieden hat. Das Schah-Regime hatte die sieben bereits vor drei Jahren bestellt . . .

Die hier ausgeführten Aspekte lassen eher die Annahme zu, daß dieses Regime mit dem Hinweis auf das Sicherheitsbedürfnis an der sowjetischen Grenze, am Persischen Golf und im Indischen Ozean ein gigantisches Geschäft rechtfertigen wollte, in dem sein eigenes Bedürfnis nach Herrschaftssucht, Korruption und Schutz vor dem eigenen Volk mit den Interessen der absatzhungrigen internationalen Rüstungsindustrie ideal aufgehoben wurden und niemand kann heute bestreiten, daß dieses Regime ohne die Rückendeckung der imperialistischen Staaten sich noch weiter halten könnte.

(Dieser Artikel ist vor dem Sturz der Regierung Bakhtiar verfaßt worden. Red.)

Diese Unterstützung des Schah-Regimes wird in der westlichen Presse unter anderem damit begründet, daß die militärischen Geheimnisse vor allem auf Flugzeuge bei einem Machtwechsel dem „feindlichen Lager“ in die Hände fallen könnten. Doch kann diesem Bedürfnis nach „Schutz der Militärgeheimnisse“ schlimmstenfalls durch den Rückkauf der Flugzeuge abgeholfen werden. Tatsächlich zwingt nicht die Sorge um den Verlust der „Militärgeheimnisse“ diese Staaten, allen voran die USA, das Schah-Regime zu unterstützen, sondern ihre Sorge um den Verlust von neuen Aufträgen und einen verlässlichen Verbündeten, der auch in Zukunft solche Rüstungsgeschäfte möglich machen würde.

Die Folgen der Umstellung auf Kernenergie im Iran

Ein weiteres düsteres Kapitel in der Geschichte des Schah-Regimes ist die massive Einbeziehung der Kernenergie in seine Energiepolitik. Bis 1993 sollten 20 Kernkraftwerke im Wert von 50 Milliarden Dollar und mit einer Gesamtkapazität von 23 000 MW (Megawatt) gebaut werden (die Gesamtkapazität der bereits in Betrieb genommenen KKW's der Bundesrepublik beträgt weniger als 6500 MW). Von den 20 KKW's entfallen acht im Wert von ca. zwanzig Milliarden Dollar auf die Atomindustrie der Bundesrepublik, d. h. also der Kraftwerksunion (KWU). Die restlichen zwölf im Werte von 30 Milliarden Dollar verteilen sich auf die Atomindustrie der USA, Frankreichs und Englands. Vier KKW's, darunter zwei aus der Bundesrepublik, sind bereits im Bau, sieben, darunter vier aus der Bundesrepublik, sind bestellt und weitere neun, darunter zwei aus der Bundesrepublik, sind geplant. Selbst vom kapitalistischen Standpunkt gibt es keinen einzigen rationalen Grund, der den massiven Bau von KKW's in einem Land wie Iran rechtfertigen könnte; von den alle Länder betreffenden ungelösten Problemen und Gefahren dieser Technologie ganz zu schweigen.

Iran ist ein dünn besiedeltes Land, die Städte sind über das ganze Land weit verstreut. Die Industriezentren konzentrieren sich im Zentrum, im Süden und im Osten des Landes. Allein diese Fakten sprechen gegen den Bau der KKW's, die nur bei hoher Kapazität und Belastung gegenüber den konventionellen Kraftwerken rein ökonomische Vorteile aufweisen.

Eine mit dem Bau von KKW's verbundene Zentralisation der Stromerzeugung würde zur Folge haben, daß der Strom über Tausende von Kilometern und durch kostspielige Leitungsanlagen die ferngelegenen Landesteile erreichen würde. Die geographischen und demographischen Bedingungen Irans machen eine dezentrale Stromerzeugung dagegen geradezu zwingend. Die konventionelle Stromerzeugung auf der Basis der eigenen Energieträger Erdöl und Erdgas eignet sich hierzu in idealer Weise. Zudem würde auch die bedeutend billigere Zufuhr von Energieträgern zu den dezentral angelegten Kraftwerken durch ein – z. T. bereits vor-

handenes – Pipeline-Netz die kostspielige Stromlieferung durch die Leitungsanlagen weitgehend überflüssig machen.

Noch eindringlicher spricht gegen den Bau von KKW's in Iran die Tatsache, daß dieses Land selbst über umfangreiche fossile Energieträger verfügt. Mit den viertgrößten Erdölquellen und zweitgrößten Erdgasquellen der Welt, die bisher bekannt sind, ist die Energieversorgung auf der Basis des Erdöls und später des Erdgases für einige Jahrhunderte gesichert. Mit der Atomenergie würde das Schah-Regime eine Energieversorgung auf der Grundlage der eigenen Rohstoffbasis zugunsten jener auf der Grundlage einer abhängigen Rohstoffbasis aufgeben, da Kernbrennstoffe dann importiert werden müßten.

Nach der energiepolitischen Konzeption des Regimes selbst soll das Erdgas langfristig ohnehin die Hauptenergiequelle für die Stromerzeugung werden. Um so absurder, den mittelfristigen Energiebedarf ausgerechnet durch die Kernenergie decken zu wollen und dabei nicht nur auf Jahrtausende Gefahren für Leib und Leben der Menschen zu riskieren, sondern auch bedeutende menschliche, technische und wissenschaftliche Ressourcen des Landes auf eine hochkomplizierte, für das Land aber zwecklose Technologie zu lenken. Und das in einem Land, dessen Landwirtschaft nicht mehr funktioniert und darauf angewiesen ist, Radieschen aus der Bundesrepublik zu importieren. Ein Land, in dem die Analphabetenquote immer noch 50 Prozent beträgt, in dem für 2683 Personen ein Arzt und für 684 Personen ein Krankenbett zur Verfügung stehen und in dessen Hauptstadt 40 Prozent aller Haushalte (bis zu acht Personen) jeweils in einem einzigen Zimmer leben müssen.

Was hat aber den persischen Staat mit dieser volkswirtschaftlich absurden Atomenergiepolitik zu einer derart immensen Vergeudung der Reichtümer des Landes getrieben? Die Parallele zum Rüstungsgeschäft liegt auf der Hand. Auch hier scheint das Eigeninteresse des Staates und der Pahlawi-Dynastie ausschlaggebend gewesen zu sein. Damit wurden im Innern des Landes Bedingungen für eine umfassende Aufblähung des Staatsapparates und neue ergiebige Quellen der Korruption geschaffen und in der Welt im Gewand der internationalen Atomindustrie ein einflußreicher Fürsprecher gefunden, der – dank der weltweiten



Ein Leben lang in Todesangst.

Das fanatische Volk der Perser fordert mehr als das Ende der Dynastie Pahlawi: Es fordert den Kopf des Schah. An welchem Ort der Welt kann die unglückliche Kaiserfamilie noch ohne Angst leben? Auch in ihrem goldenen Exil wird sie nirgendwo sicher sein. Seit Tagen schon ist sie auf der Flucht. Lesen sie den ergreifenden Bericht über das Schicksal der schönen Kaiserin Farah. In der Freizeit-Revue.

Anti-Atomenergie-Bewegung in arge Bedrängnis geraten – sein blühendes Gedeihen nur noch in Ländern wie dem Iran verwirklicht sah, wo nicht nur das Denken über die Atomenergie, sondern jegliches Denken überhaupt verboten ist. Auch hier fällt das Interesse einer bedeutenden Kapitalfraktion der imperialistischen Staaten mit der Strategie der Herrschaftsabsicherung des persischen Staates und des Schah-Regimes zusammen. Der Logik einer solchen Strategie entspricht auch die seinerzeit angekündigte Bereitschaft des Schahs, den Iran in einen Müllablageplatz für die radioaktiven Abfälle der ganzen Welt zu verwandeln. In der Annahme, allen kapitalistischen Staaten so beweisen zu können, daß allein die Diktatur seines Regimes zu einem solch unglaublichen Verbrechen gegen alle Völker der Region in der Lage ist, glaubte er offenbar, auch die Diktatur seiner Nachfahren im imperialistischen System verewigen zu können. Mit dem Rüstungs- und Atomgeschäft im Umfang von insgesamt 73,5 Mrd. \$ gewann das Schah-Regime zwei Fraktionen der internationalen Bourgeoisie für sich. Diese bedeutenden Fraktionen, deren Einfluß auf die Regierungen der kapitalistischen Staaten nicht bestritten werden kann, würden mit dem Sturz des Schah-Regimes einen einmaligen Kunden verlieren. Nicht nur den noch nicht abgewickelten Teil der Geschäfte, sondern auch künftige Aufträge wären in Frage gestellt. Ihr Interesse, gemeinsam mit den Regierungen ihres Einflusses am Schah-Regime nachhaltig festzuhalten, ist allein schon in den Dimensionen dieses Geschäftes begründet. Diese werden deutlich, wenn man bedenkt, daß das Atom- und Rüstungsgeschäft mit dem Iran im Umfang von 73,5 Mrd. \$ rein wertmäßig über die Hälfte des Nettobestandes aller Direktinvestitionen im Werte von ca. 133 Mrd. \$ ausmacht, die die USA bis 1975 in der ganzen Welt vorgenommen haben. Gegen dieses gigantische Geschäft fallen die Interessen der multinationalen Konzerne, die alle zusammen in verschiedenen Branchen des Iran (außer der Ölindustrie) bis 1975 insgesamt nur eine halbe Milliarde \$ direkt investiert haben, nicht mehr ins Gewicht. Diese Konzerne, die im Iran im wesentlichen kurz- und langlebige Konsumgüter produzieren, würden mit Hinblick auf ihre langfristigen Interessen ohnehin wahrscheinlich eher bereit sein, sich mit dem Abgang der Schah-Diktatur abzufinden.

Was dem Schah-Regime zur Herrschaftsabsicherung diente und für die internationale Rüstungs- und Atomindustrie lebensnotwendig war, bedeutet für das persische Volk eine rigorose Vergeudung der Reichtümer, deren Ausmaß deutlich wird, wenn man vor Augen führt, daß der Bestand an Netto-Anlagevermögen (Maschinen, Anlagen, Gebäude) in der gesamten Industrie des Iran 1976 – bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 2,3 Mio. Menschen – ca. 11 Mrd. \$ betrug. Wieviele Millionen neue Arbeitsplätze mit den 73,5 Mrd. \$ hätten geschaffen und welches Netz von sozialer Infrastruktur im Interesse von 35 Mio. Menschen des Landes und zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse hätten mit diesen Summen aufgebaut werden können, kümmerte weder das Schah-Regime noch weniger die internationale Rüstungs- und Atomindustrie.

Hessisches Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
 c/o Treffpunkt Dritte Welt e.V.
 Elisabethenstr. 51, 6100 Darmstadt

Tagungshinweise

„Vietnam und Kampuchea“, 21. - 22.4.79, in der ESG Bochum
 „Nahost/Palästina-Seminar“, 10. - 13.5.79, in Darmstadt, organisiert und vorbereitet von ESG Bonn, ESG Darmstadt und der Zeitschrift „Nahost-Infodienst“
 „Lateinamerika-Seminar (v.a. Flüchtlingsprobleme)“, 22. - 24.6.79, in der ESG Essen
 „Bewegung der Blockfreien Staaten“, 12. - 14.10.79, in der ESG Bochum, vorbereitet von der Arbeitsgruppe zur BBFS in Bochum und Saarbrücken
 Nähere Informationen und Anmeldung zu allen Tagungen: ESG - Geschäftsstelle, Kniebisstraße 29, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/281034/35

„Die Übertragungsmöglichkeiten der Pädagogik Paulo Freires in der Schule“, 12. - 13.5.1979 an der Friedensuniversität / Belgien, Anmeldung bei: SPAK-Geschäftsstelle, Belfortstraße 8, 8000 München 80, Tel. 089/4482104
 „UNCSTED-Weltkonferenz“, 8. - 10.5.1979, in Westberlin, Anmeldung: SPAK, s.o.

XIX. Europa-Afrika-Treffen „Der afrikanische Sozialismus“, 23.7. - 31.7.1979, in Prali/Italien, Anmeldung/Auskunft bei: AGAPE, I-10060 Prali (Torino) Italia

„Ist die Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung beispielhaft?“, 27. - 29.4.1979, Euskirchen.
 „Abhängigkeit und Befreiung: Stellenwert der Dependenztheorie für die Erklärung der Situation Lateinamerikas heute“, 11. - 13.5.1979, Meile „Hilft 'anders leben' anderen überleben?“, Alternativer Lebensstil und Dritte Welt – Problematik, 22. - 24.6.1979, Euskirchen
 Anmeldung und Information bei AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn, Telefon: 02221/ 234021

Treffen hessischer Aktionsgruppen

In Oberreifenberg im Taunus trafen sich am 17./18. 2.1979 Mitglieder verschiedener entwicklungspolitischer Aktionsgruppen aus Hessen zu einem ersten Koordinierungstreffen. Vertreten waren u.a. Dritte-Welt-Läden, Arbeitskreise aus dem kirchlichen Bereich, Gruppen, die sich mit bestimmten Ländern beschäftigen und ehemalige Entwicklungshelfer.

In einem intensiven Erfahrungsaustausch haben die Gruppen die Schwierigkeiten, ein dauerhaftes entwicklungspolitisches Interesse in der Bevölkerung zu erreichen, analysiert und dabei die Wichtigkeit einer breiten Zusammenarbeit erkannt. Durch die Bildung des „Hessischen Forums entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“ soll deren bisher vereinzelt Arbeit zusammengefaßt und auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Damit soll eine wirksamere entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Hessen erreicht werden.

Durch regelmäßigen Informationsaustausch (Seminare und Rundbriefe) soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß Gruppen, die an demselben Thema arbeiten, sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. So können beispielsweise Entwicklungshelfer, die aus der Dritten Welt zurückkehren, über dieses „Hessische Forum“ zu Aktionsgruppen in ihrer Umgebung in Kontakt kommen.

Als erstes sichtbares Zeichen der Zusammenarbeit wollen die beteiligten Gruppen die von der Evangelischen Frauenarbeit getragene Aktion „Kauft keine Früchte aus Südafrika“ unterstützen.